

Gesamthafenbetriebsverein Bremerhaven/Bremen Selbstorganisation – weil die Interessenvertreter versagen

Foto: Christian Jakob



Gesamthafenbetrieb Bremen in der Krise

Die Weltwirtschaftskrise hat den **Gesamthafenbetriebsverein (GHB)** der Häfen in Bremen und Bremerhaven als ersten Hafenbetrieb hart getroffen.

Anfang 2008 waren beim GHB noch 2800 Mitarbeiter beschäftigt. Es war das Jahr mit dem größten Hafenumschlag der letzten 15 Jahren. Aber schon im Oktober begann die Krise. Auf Grund des Frachtrückgangs wurde ab Dezember 2008 im GHB wie in den anderen Hafenbetrieben zunächst versucht, den Arbeitsrückgang mit dem traditionellen Instrumentarium (Abbau von Mehrarbeit, Auflösung von Arbeitszeitkonten, vorzeitiger Urlaub usw.) so weit wie möglich nach hinten zu schieben; dann wurde Kurzarbeit eingeführt. Doch die Flaute im Hafen dauerte an und die Garantielohnkasse des GHB reicht nur für sechs Monate, ist nicht groß genug für eine Wirtschaftskrise.

Zum Jahresende 2009 hat das Container-Terminal und **Logistik-Unternehmen Eurogate** angekündigt, ab 2010 auf die Dienste des GHB verzichten zu wollen. **Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG)**, und Eurogate (eine Tochter der BLG) waren bislang diejenigen, die vom GHB-System am meisten profitierten. Die BLG, eines der größten europä-

Der **Gesamthafenverein im Lande Bremen e.V.** (GHB) ist der größte Gesamthafenbetrieb Deutschlands. Er wurde 1950 von Hafenunternehmerverbänden und der Gewerkschaft ÖTV gegründet. Er unterhält einen Pool von Fachkräften, die von Unternehmen bei Bedarf angefordert werden, ist also eine Art **Personalpuffer**. Die Beschäftigten werden zu Tariflöhnen in den aufnehmenden Hafeneinzelbetrieben entlohnt. Als gemeinnütziger Verein darf der GHB grundsätzlich keine Profite erwirtschaften, wohl aber Rücklagen bilden. Etwa fünfzig Bremer und Bremerhavener Mitgliedsfirmen bestücken eine Garantielohnkasse. Aus ihr zahlt der GHB den Beschäftigten auch bei schlechter Auftragslage ein Grundgehalt. Bis auf zwei Ausnahmen konnten bisher die Konjunkturschwankungen im Hafengeschäft mit dem GHB ausgeglichen werden: 1973 und 1982/83 hat der GHB Bremen schon Entlassungswellen erlebt.

Im Jahre 2009 wurden die GHB-Beschäftigten in Hamburg und Rostock bisher nur auf Kurzarbeit gesetzt. Anderthalb Jahre will man das in Hamburg durchhalten. In Lübeck sind befristete Verträge nicht verlängert worden.

ischen Logistikunternehmen, ist Eigentum des Landes Bremen und soll natürlich Geld in die Landeskasse spülen.

Sanierung des GHB: der Sozialplan

Anfang 2009 mussten als erste reine Aushilfskräfte gehen, viele alleinerziehende Mütter. Im weiteren Verlauf des Frühjahrs ließ der GHB 800 befristete Arbeitsverträge wegen fehlender Arbeit auslaufen – ver.di und Betriebsrat stimmen dem GHB-Geschäftsführer zu, dass »zu viele Leute an Bord« sind. Der Betriebsrat der Firma **Autotec** (eine BLG-Tochter, die Importautos für den Markt vorbereitet) und die für diesen Betrieb zuständige IG Metall erklärten sich solidarisch mit den befristet beschäftigten Bremerhavener GHB-Kollegen und unterstützten ihre erste Demonstration im April.

Als deutlich wurde, dass die Auswirkungen der Krise mit den bisherigen Mitteln nicht zu bewältigen waren, trat der »Ausschuss für Personal und Arbeit« beim GHB zusammen. Er ist paritätisch besetzt mit Vertretern von ver.di und den Hafen-Unternehmen. Karsten Behrenwald, DGB-Vorsitzender in Bremerhaven, sah die Hafenvirtschaft gefordert. Doch besonders die global agierende **Bremer Lagerhausgesellschaft** hatte anderes im Sinn: Sie zielte schon darauf auch ihre eigene Belegschaft zur Kasse zu bitten, um Konkurrenten in den Preisen unterbieten zu können.

Die am Verein beteiligten Unternehmen waren also nicht bereit, die Garantielohnkasse aufzufüllen. Deshalb stellte der Ausschuss fest, dass spätestens im August/September 2009 wegen Arbeitsmangel die Garantielohnkasse leer sein würde und der GHB Insolvenz hätte anmelden müssen. Er beauftragte die Geschäftsleitung und den Betriebsrat des GHB, in Sozialplanverhandlungen einzutreten.

Ende Juni stand der Sozialplan. 103 Beschäftigte sollten zu Ende Juli entlassen werden, weitere 217 bekamen Änderungskündigungen. Insgesamt verlieren damit einschließlich der obengenannten 800 rund 1000 Hafentarbeiter ihren Arbeitsplatz. Nach den neuen Beschäftigungsbedingungen werden die Löhne von 15 auf gut 8 Euro gesenkt, weitere tarifliche Leistungen werden eingeschränkt und der Unternehmer kann die Schichtzeiten bei Bedarf auf 4 Stunden verkürzen.

Änderungskündigungen bedeuten für die betroffenen Bremerhavener Kollegen, dass sie einen Arbeitsplatz in Bremen annehmen müssten, was einer effektiven Lohnkürzung von bis zu 65 Prozent entspräche und einen täglichen Fahrweg von 120 km mit sich bringen würde.

Die neuen Löhne sind so niedrig, dass die Betroffenen selbst mit einer vollen Stelle künftig als »Aufstocker«

Leistungen der ARGE (Bremische Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales, die Hartz IV-Antrags- und Vergabestelle) beantragen müssen. Für Harald Bethge, Leiter des ver.di-Fachbereichs Verkehr in Bremen, ist das zwar schwer hinnehmbar und damit kritikwürdig; aber es entspreche der geltenden Rechtssprechung. Der GHB sei durch die Zustimmung zu diesen Maßnahmen immerhin gerettet worden. Rund 200 GHB-Arbeiter haben inzwischen beim Arbeitsgericht Klagen gegen die Kündigungen und die Änderungsverträge eingereicht.

Gewerkschaft ver.di handelt . . .

Der ver.di-Sekretär Harald Bethge sah es als seine Hauptaufgabe an, den Verein zu retten. So verhandelten Betriebsrat und ver.di ohne die betroffenen Arbeiter zu informieren, geschweige denn, sich mit ihnen rückzukoppeln.

Wie sich ver.di der Lage der Hafendarbeiter stellte, war der TAZ zu entnehmen: *»Angesichts der schlechten Stimmung sorgt sich Harald Bethge, Landesfachbereichsleiter Verkehr bei ver.di, um das Image des GHB. Der Krankenstand sei hoch, einige verweigerten sich. Was dort passiert, verschlägt uns den Atem«, sagt er. Es sei wichtig, Mitarbeiter schnell und mit verkürzter Kündigungsfrist zu entlassen, um das Unternehmen handlungsfähig zu halten. Auch die geringe Abfindung hält er für gerechtfertigt: sie orientiere sich an der »Garantielohnkasse« des GHB. Die könne man nicht komplett für Abfindungen leeren. Schließlich müsse weiter Lohn gezahlt werden, wenn Unternehmen wegen Auftragsflauten keine GHB-Leute anfordern. Es war einfach nicht mehr Geld da«, sagt Bethge.«* (TAZ Nord, 26.7.09)

Laut Bethge habe man unter der Führung von Uwe Beckmeyer (Landesvorsitzender der Bremer SPD und Bundestagsabgeordneter) einen »runden Tisch« mit den Arbeitgebern aus der Hafenwirtschaft, ver.di, den Betriebsräten, Vertretern der Bundesagentur für Arbeit und des Senats gebildet. Bremer Lagerhaus, North Sea Terminal, Eurogate, Maersk-Terminal hätten sich bereit erklärt, auf jegliche Mehrarbeit zu verzichten und vermehrt in Kurzarbeit zu gehen, um so Arbeit für den GHB zu schaffen. Ver.di war »im Rahmen der Möglichkeiten« bereit, tarifliche Maßnahmen durchzuführen (Kündigung des Beschäftigungssicherungsvertrages), um damit von dieser Seite eine Entlastung möglich zu machen. Schließlich sagte der Gesamtbetriebsrat des GHB zu, alle erdenklichen Möglichkeiten, die betrieblich zu regeln wären, ebenfalls in Angriff zu nehmen.

Als Mitträger des Gesamthafenbetriebsvereins war die Gewerkschaft ver.di untauglich zur Verteidigung der Interessen der beim GHB beschäftigten Hafendarbeiter.

. . . die GHB-Kollegen reagieren

Für die entlassenen und auch die noch beschäftigten Kollegen sind die Ergebnisse katastrophal.

GHB-Kollegen nahmen das Verhandlungsergebnis so wahr: *»Wir sind im Gesamthafenbetriebsverein von dem Sanierungsplan, dem Sozialplan und der Sozialauswahl völlig überrascht worden. Als einzige Information hat es einen unauffälligen Aushang in einem Glaskasten am Betriebsgebäude gegeben, was wir mehr oder weniger durch Zufall mitgekriegt haben. Der Betriebsrat hat auf Anfrage keine Kopie mit den Unterlagen rausgegeben. Die Auswahl der von Entlassung und Änderungskündigung Betroffenen halten wir für völlig ungerecht und ungerechtfertigt. Als so langsam klar wurde, was da auf uns zukommt, haben wir ein Flugblatt gemacht, Rechtsanwälte angesprochen, und wir haben am 11. Juli zu einer Gründungsversammlung ... eingeladen. Dort ist das Komitee dann gewählt worden. Geholfen und unterstützt haben uns dabei die Bremerhavener Arbeitsloseninitiative und die LINKE in Bremerhaven.«* (Kollegen aus dem Komitee)

Den Kollegen hat's auch den Atem verschlagen: Der Sekretär ihrer Gewerkschaft sieht es als wichtig an, sie schnell und mit verkürzter Kündigungsfrist zu entlassen. Nicht nur sie fragen: Wessen Interessen vertritt dieser bezahlte Gewerkschaftssekretär?

Indem sich Betriebsrat und Gewerkschaft an der Auswahl der Kollegen beteiligten, bzw. sie so akzeptierten, beteiligten sie sich an der Spaltung der Belegschaft. Aufgrund der Klagen berät nun das Gericht über die Kriterien der Auswahl. Bei den Kollegen kochte Wut hoch, die sich **Bahnbrech in der Organisation um die eigenen Interessen**. Initiert wurde eine Unterschriftensammlung mit der Forderung nach Rücktritt des Betriebsrats; mehr als ein Viertel der Belegschaft unterschrieb.

Enttäuscht über das Verhalten ihrer Gewerkschaft und ihres Betriebsrates, die als Co-Manager handelten, gingen die nun im **Komitee »Wir sind der GHB«** organisierten Kollegen mit ihrem Protest an die Öffentlichkeit – vor allem gegen die Auswahl und die Aufstellung der Namenslisten für die Kündigungen. Sie riefen zur Demonstration unter dem Motto *»Dumpinglöhne beim GHB – wir sind erst der Anfang«* auf, ohne Unterstützung von ver.di, aber mit Hilfe der Bremerhavener Arbeitsloseninitiative, der örtlichen Linkspartei und von IGM-Kollegen der BLG-Tochter Autotec. Die bezahlten Funktionäre von ver.di wandten sich an die örtliche IG Metall und forderten, sich da herauszuhalten. Gegen den Betriebsratsvorsitzenden der GHB, Peter Frohn, gehen Kollegen inzwischen auch juristisch vor.

Zu den Änderungskündigungen:

Eine Namensliste von Entlassenen zeigt, dass vor allem diejenigen Mitarbeiter aus dem Automobil-, DC-Bereich und freie Spitze, zwischen 40 und 50 Jahre alt und zehn bis 20 Jahre im Betrieb, Änderungs- bzw. Beendigungskündigungen erhalten haben. Die Kollegen fragen nach den Kriterien, aufgrund derer diese Liste aufgestellt worden ist und vermuten, dass man diese qualifizierten und »teureren« Leute loswerden wollte.

Ein Kollege vom Komitee: *»Ich war z.B. seit 1987 beim GHB als Hafendarbeiter beschäftigt und war seit 1994 bei Atlantic, einem Stauereibetrieb in Dauervermittlung. Die Stauerei wollte mich auch behalten. Im August habe ich von der GHB die Änderungskündigung erhalten. Ich hatte vorher als Hafendarbeiter einen Lohn von 1900 Euro netto; jetzt würde ich auf 980 Euro netto kommen. Ich könnte auch Hartz IV beantragen. Aber bei Hartz IV muss man dermaßen »die Hosen runterlassen«, man wird völlig ausgeknockt, weil man überhaupt keine Rechte mehr hat. Das geht eine gewisse Zeit lang, dann kannst du nach einer kleineren Wohnung suchen und dann ist man dort, wo man echt nicht hingehört. Ich versuche, dagegen anzugehen und habe erst mal einen Rechtsanwalt eingeschaltet.«* (Interview am 27. August 09 für die Linkspartei, Bremen)

Aktivitäten des Komitees

Drei Demonstration hat das Komitee inzwischen organisiert. Bei der ersten Demonstration Ende Juli wuchs der Zug bis zur Abschlusskundgebung auf rund 200 Personen an. Die Aktion am 29. August 2009 wurde unterstützt von Kollegen aus anderen Hafenbetrieben, der Bremerhavener Linkspartei, von einigen Hamburger Hafendarbeitern und von Gewerkschaftern aus dem Mercedes-Werk in Bremen-Hemelingen. Getragen wurden gewerkschaftskritische Losungen. Auf ihren T-Shirts war aufgemalt: *»verdi: nix sehen, nix hören, nix sagen«*. *»DANKE VERDI FÜR NIX«* oder: *»TROTZ ARBEIT HARTZ IV«* war auf Transparenten zu lesen. Am 15. September 09 nahmen Vertreter des Komitees an einem Gespräch mit Hamburger ver.di-Vertrauensleuten des dortigen Gesamthafenbetriebsvereins teil.

Aus der gemeinsamen Delegiertenversammlung der Bremer und Bremerhavener IG Metall informierten GHB-Kollegen die Delegierten über ihre Probleme. Die in Wortbeiträgen von Delegierten gezeigte Sympathie für die kämpfenden Kollegen des GHB wurde nicht zu einer solidarische Kraft. Es blieb bei aufmunternden Worten.

Am 10. Oktober 09 fand eine Veranstaltung in Bremen statt, das Komitee wurde mit Bremer Mitgliedern erweitert.

Am 31. Oktober 2009 zog eine Demonstration mit ca. 100 Teilnehmern von Bremen-Walle in die Bremer Innenstadt.

Anfang November sprachen Komitee-Kollegen mit Hafnarbeitern in Rotterdam: Als der dortige Gesamthafenbetrieb in Konkurs ging, wurden einige hundert Hafnarbeiter arbeitslos. Das dortige Komitee umfasst 80 Kollegen. Für den Herbst 2010 wurde ein weiterer internationaler Erfahrungsaustausch für Hafnarbeiter vereinbart, der in Bremerhaven stattfinden soll.

Ende November beteiligten sich Bremer Kollegen des Komitees an einem Protest von ca. 100 Menschen gegen die Arbeitsbedingungen und Entlohnung beim Schlecker XL-Markt. Neben einem Kollegen vom Transformatorenhersteller Mdexx (ehemals Siemens), der auf den Kampf dieser Belegschaft um die Arbeitsplätze aufmerksam machte, wies ein Sprecher des Komitees auf die unerträgliche Lohnkürzung und Arbeitsbedingungen beim GHB hin.

Zum Komitee:

Das Leben der im Komitee aktiven Kollegen ist umgewälzt, war es bislang konzentriert auf die private Sphäre, die Familie. Nun sind ihre Aktivitäten jetzt entscheidend durch den Kampf um ihre Arbeit bestimmt. Da sie noch teilweise in Schichtarbeit stehen (es machen auch noch Beschäftigte im Komitee mit), ist es für das Komitee schwierig, eine geordnete Gruppenarbeit zu planen. Praktische Unterstützung erhielt es anfangs von der Linkspartei. Das Komitee ist auf seine Unabhängigkeit bedacht. Ihre Arbeit im Komitee sehen die Kollegen so:

Sogar die Gekündigten oder mit Änderungskündigung (auf acht Euro) Bedachten vom GHB sind eher ängstlich und verzagt als auf Widerstand erpicht. Und einige kommen zu den Info-Veranstaltungen mit einer »Ja – aber« Haltung. Aber der Einfluss des Komitees wächst und der Widerstand wird langsam größer: »Ja, euer Komitee ist richtig, aber was soll es bringen?«

Stichworte aus den Diskussionen im Komitee:

Wir brauchen eine Struktur, die den Zusammenhalt mit den Kollegen in den verschiedenen Schichten und Bereichen organisiert. Wir fassen die Leute zusammen, sonst kann man sich nicht richtig wehren. Wir organisieren das durch Versammlungen, über das Internet, über E-Mail-Verteiler und Telefonketten. Insofern sind wir jetzt die Speerspitze des Protestes. ...Wir versuchen, Neuigkeiten zu erfahren, sie auszuwerten, die Kollegen zu informieren und weitere Strategien zu entwickeln. Die Öffentlichkeit, die Politik, die hätten wir gern auf unserer Seite. Es ist ein Arbeitskampf, der hier stattfindet. Wir vom GHB sind die ersten, an denen getestet wird, ob man das mit den Leuten machen kann.

www.wirsindderghb.de

Das ist die Internetseite des Komitees.

Per E-mail zu erreichen ist es unter

komitee-wir-sind-der-ghb@web.de

Das Komitee ist dringend auf Spenden angewiesen:

Sabine Finke / BLZ 292 50 150 / Kto: 193 02 40 39 ■

Anfänglich hätten wir gerne die ver.di dabei gehabt. Da diese aber kein Interesse an einem Arbeitskampf hat, kämpfen wir alleine. Seit geraumer Zeit vernetzen wir uns mit Arbeitern aus anderen Branchen, die ähnliche Probleme haben wie wir. Die Solidarität der Arbeitnehmer wächst täglich.

Wir fordern die Unternehmen auf, einmal zu überdenken, dass die Leute, die jetzt arbeitslos sind oder hohen Lohnverzicht üben müssen, die Menschen sind, die die Gewinne der fetten Jahre erarbeitet haben.

Zu den zentralen Forderungen des Komitees gehört:

→ Wir fordern in unserem Kampf, dass die Geschäftsführung des GHBV alle Änderungs- sowie Beendigungskündigungen im Bereich Hafen und Distribution wieder zurücknimmt.

→ Wir fordern den Erhalt und die Absicherung aller Arbeitsplätze!

→ Wir fordern gerechte Bezahlung für alle Bereiche!

Jeder Arbeitnehmer sollte von dem Geld, was er durch seine Hände Arbeit verdient, in Würde leben können und nicht durch Lohndumping zum Hartz IV-Aufstocker werden.

→ Gleiche Arbeit, gleicher Lohn.

→ Keine funktionsbezogene Bezahlung.

Grundsätzliches

Indem das Komitee Kontakt aufnimmt zu anderen gewerkschaftlich und politisch aktiven Menschen, entwickelt sich der politische Horizont dieser Kollegen weiter. Aus der rein persönlichen Betroffenheit über die Opferrolle beim Handeln von Betriebsrat und ver.di wird mehr.

Über Jahrzehnte hat sich in den Gewerkschaften eine Stellvertreterpolitik manifestiert: Die bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre bestimmen die Politik der Organisation. Und weil sie in diesen Jahren für die Kollegen durch Verhandlungen – manchmal musste mit Streik nachgeholfen werden – etwas herausholen konnten, ließen die Gewerkschaftsmitglieder ihre Funktionäre gewähren.

Diese Zeit, in der etwas verteilt werden konnte, ist aber vorbei. Die Wirtschaftskrise lässt Betriebe in Existenzprobleme stürzen. Wenn die Gewerkschaftsfunktionäre jetzt als Stellvertreter handeln und helfen, soziale Standards der Belegschaften abzubauen, wobei viele ins Elend abstürzen, stoßen sie wie beim GHB auf Protest und Widerstand. Kollegen organisieren eigene Aktivitäten. Verursacht das von den Mitgliedern losgelöste Handeln der Funktionäre teilweise auch eine gewerkschaftsfeindliche Haltung, so fordern andere Gewerkschaftsmitglieder, in der Organisation endlich gehört zu werden, einbezogen zu werden in gewerkschaftliche Entscheidungsprozesse. Das ist der erste Schritt in eine Richtung, die Gewerkschaftsorganisation den Mitgliedern dienstbar zu machen.

Wirtschaftskrisen gehören zum Wesen des Kapitalismus. Die Unternehmer sind immer darauf aus, sie auf dem Rücken der Belegschaften zu überwinden. Dabei helfen dann auch Gewerkschaften beim Sozialabbau mit.

Wenn Unternehmen in der Wirtschaftskrise Arbeiter nicht mehr brauchen, trennen sie sich von ihnen. Die bisherige sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Unternehmen wendet sich, wie sich hier am Beispiel Gesamthafenbetriebsverein zeigt, letztlich gegen die Arbeiter, wird zur Fessel.

Für die arbeitenden Menschen ist es wichtig, sich nicht – wie die Gewerkschaftsfunktionäre – der Logik der Kapitalisten zu unterwerfen. Das heißt, das Elend des Sozialabbaus nicht hinzunehmen, sondern Widerstand zu leisten.

**Vorabdruck aus den Informationsbriefen »Arbeiterpolitik«
Nr. 1/2010 / siehe auch: www.arbeiterpolitik.de**